

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete
Geschäftsbereich 3

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW entschuldigt
Frau Irene Kamenz Bürgerbündnis-FDP entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Olga Gelfand Migrantenbeirat entschuldigt
Frau Dr. Gabriele Herzel DIE LINKE entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann Seniorenbeirat entschuldigt

Gäste:

Frau Magdolna Grasnack Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Sigrun Rabbe ProPotsdam GmbH
Herr Johannes Wegner Potsdamer Tafel
Herr Andreas Wilczek Gemeinschaftsunterkunft auf dem Brauhausberg
Herr Dieter Jetschmanegg FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
Herr Frank Thomann FB Soziales und Gesundheit
Frau Sarah Blaut FB Soziales und Gesundheit
Herr Marcel Kosubeck FB Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.04.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 2 Informationen der Verwaltung

- 3 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums

- 4 Bericht über die Arbeit der Potsdamer Tafel

- 5 Vorstellung der Arbeit der Gemeinschaftsunterkunft "Alter Landtag"

- 6 Integration von Flüchtlingen

- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 7.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0743
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -

- 7.2 BuT-Paket - Bürokratiehürden abbauen
Vorlage: 16/SVV/0287
Fraktion DIE LINKE
- 7.3 Integrationsgarten am Schlaatz
Vorlage: 16/SVV/0288
Fraktion DIE LINKE
- 7.4 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV
Vorlage: 16/SVV/0269
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 7.5 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0275
Oberbürgermeister, FB Zentrale Steuerung und Service
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0296
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 8.2 Vorstellung der Ergebnisse der Workshops zum 2. Aktionsplan zum Rahmenkonzept Sucht(-prävention)
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führen Kinder der Gemeinschaftsunterkunft verschiedene Musikstücke auf, die sie im Rahmen eines durch die Deutsche Fernsehlotterie geförderten Musikprojektes erlernt haben.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.04.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die

Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift vom 19.04.2016 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Bevor Frau Eisenblätter die Tagesordnung zur Abstimmung stellt, macht sie darauf aufmerksam, dass die Drucksache 16/SVV/0218 „Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte“ aufgrund der sehr umfangreichen Materialien, die derzeit für die Ausschussmitglieder aufbereitet werden, auf die Juni-Sitzung verschoben wird.

Des Weiteren war für die heutige Sitzung ein Bericht über die Arbeit des Bürgerservicecenters verabredet. Dieser wird aufgrund der sehr umfangreichen Tagesordnung ebenfalls auf die Juni-Sitzung verschoben.

Anschließend erfolgt die Verständigung zur Tagesordnung. Frau Eisenblätter teilt mit, dass die Mitteilungsvorlage 16/SVV/0296 „1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan der LHP“ auf Wunsch des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt auf die Juni-Sitzung vertagt werden soll.

Des Weiteren schlägt sie eine Änderung in der Reihenfolge der Beratung vor. Die Tagesordnungspunkte 7.4 (16/SVV/0269) und 7.5 (16/SVV/0275) werden vor TOP 7.1 (15/SVV/0743) beraten.

Frau Schulze erinnert daran, dass der Antrag 14/SVV/0743 „Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam“ so lange zurückgestellt werden sollte, bis die Ergebnisse der Integrationstagung vorliegen, da diese in die Diskussion einfließen sollen. Da Ergebnisse noch nicht vorliegen, bittet sie um Zurückstellung des Antrages.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Blaut (FB Soziales und Gesundheit) stellt den Zeitplan zur Erstellung der Fortschreibung des Gesundheitsatlas der Landeshauptstadt Potsdam vor. Sie erinnert daran, dass der erste Potsdamer Gesundheitsatlas 2012 erstellt wurde. In diesem Jahr soll eine Fortschreibung vorgelegt werden.

Frau Blaut berichtet, dass seit Anfang Mai 2016 die Erarbeitung der Datenerstellung erfolgt. Ende Juni/Anfang Juli soll dann der erste Entwurf zur internen Abstimmung vorliegen. Ziel ist die Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung im September 2016 und dann erfolgt die Vorstellung im GSI-Ausschuss.

zu 3 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Einbeck teilt mit, dass Behindertenbüro wieder eine Bürokraft hat. Die Zusammenarbeit funktioniert gut.

Des Weiteren teilt sie mit, dass es eine weitere Veranstaltung zur Abstimmung mit Planern und Architekten zum Schwimmbad gab. Das Jahresgespräch des Beirates mit dem Oberbürgermeister wurde vorbereitet. Sie informiert, dass die Sondersitzung am letzten Schultag vor den Ferien im T-Werk stattfinden wird.

Derzeit beschäftigt sich der Beirat für Menschen mit Behinderung mit den Änderungen im Bundesteilhabegesetz, da es hier viele Verschlechterungen gibt.

Auf Nachfrage teilt Frau Einbeck mit, dass das Jahresgespräch mit dem Oberbürgermeister am 02.06.2016 stattfindet.

zu 4 Bericht über die Arbeit der Potsdamer Tafel

Herr Wegner (1. Vorsitzender der Potsdamer Tafel) macht eingangs darauf aufmerksam, dass es von Jahr zu Jahr mehr Bedürftige werden, die versorgt werden müssen.

Von der Landeshauptstadt Potsdam wurde der Tafel der Standort an der Drewitzer Straße zur Verfügung gestellt. Dieser Standort hat Vorbildfunktion für viele Tafeln in Brandenburg. Er spricht Frau Müller-Preinesberger seinen Dank für das Engagement aus.

Die Versorgung erfolgt in der LHP insgesamt an fünf Tagen an den Standorten Schopenhauerstraße und Drewitzer Straße. Die Flüchtlinge kommen hauptsächlich freitags. Hier ist es aufgrund der angespannten Situation bei der Ausgabe zu Problemen gekommen, die der Landeshauptstadt auch angezeigt wurden. Bisher gab es keine Reaktion von Seiten der Verwaltung.

Im Schnitt kommen an den Ausgabeterminen ca. 150 bis 200 Personen, die unterstützt werden. In Potsdam wurde ein sog. Nummernkontingent für die Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung gestellt, um die Unterstützung sicher zu stellen.

Er würde sich wünschen, dass es mit der LHP einen deutlich intensiveren Informationsaustausch geben würde. Dies würde die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen sehr erleichtern. Ihm wäre auch sehr wichtig, dass das Ehrenamt mehr geehrt werden sollte. Dabei verweist er auf die enorme Leistung der Ehrenamtler bei den Tafeln. Herr Wegner macht deutlich, dass ehrenamtliche Helfer jeder Zeit sehr willkommen sind, wenn sie sich aktiv und verlässlich engagieren.

Frau Schulze macht deutlich, dass es bisher immer eine große Anerkennung des Ehrenamtes gab. Soweit es möglich ist, gib es Unterstützung.

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) macht den hohen Respekt der Verwaltung vor der Arbeit der Tafel deutlich. Er betont, dass die Verwaltung sofort nach der Anzeige der Probleme vor Ort war und ein Gespräch geführt hat. Er hat sich persönlich vor Ort davon überzeugt, wie gut organisiert die Ausgabestelle ist. Die Probleme, die der Verwaltung in dem Gespräch mitgeteilt wurden, waren in Zusammenhang mit der Handhabung des großen Zustroms durch die Flüchtlinge, die in Potsdam aufgenommen wurden. Es wurde sofort zugesagt zu überlegen, wie das Problem angegangen werden kann. Danach wurde umgehend Kontakt zu den Einrichtungsleitern aufgenommen.

Es gab u.a. die Idee, dass Flüchtlinge aus den Einrichtungen, die bereits Deutsch sprechen, die neu angekommenen Flüchtlinge begleiten. Hierzu gab es ein Gespräch mit dem Internationalen Bund.

Herr Thomann macht deutlich, dass die Verwaltung bemüht ist, in

Zusammenarbeit mit den Einrichtungen eine Lösung herbeizuführen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Wegner, dass die Tafeln in Deutschland das Problem haben, dass die Händler weniger Lebensmittel spenden, die Zahl der Kunden bei den Tafeln aber steigt.

Die Würdigung des Ehrenamtes ist eine Angelegenheit der Stadt. Die Stadt sollte sich ansehen, was die Ehrenamtler vor Ort leisten.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass es in dieser Stadt tausende ehrenamtlich Tätige gibt, die sich mit vollem Einsatz ihrer Aufgabe widmen. Sie möchte so nicht stehen lassen, dass die Stadt das Ehrenamt nicht würdigt. Hierbei verweist sie auch auf die vielen Ehrenamtler, die sich für die ankommenden Flüchtlinge einsetzen.

Frau Anlauff fragt, wie die Ehrenamtler für die Tafeln akquiriert werden.

Herr Wegner erklärt, dass dies über Mund zu Mund Propaganda, Anzeigen, auf der Homepage und auch über das Radio erfolgt. Er betont, dass die Menschen aber auch für die schwere Tätigkeit geeignet sein müssen.

Frau Basekow betont, dass die Tafeln gebraucht werden. Sie fragt, wie die freien Träger die Tafeln unterstützen können, da diese auch von den Tafeln profitieren.

Frau Eisenblätter erklärt, dass eine Begleitung der Flüchtlinge von Seiten der Unterkünfte wünschenswert wäre.

Herr Wellmann fragt, ob es vorstellbar ist, ob der Wachschutz der Gemeinschaftsunterkünfte hier unterstützend tätig werden kann.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass es sich nicht um Angriffe handelt. Schwierig ist hier die Frage des Auftretens. Die Menschen, die hier her gekommen sind, müssen informiert werden, wie hier miteinander umgegangen wird. Dies muss durch die Sozialarbeiter in den Einrichtungen vermittelt werden. Einen Wachschutz einzusetzen, hält sie an dieser Stelle für den falschen Weg. Es handelt sich um einen Lernprozess, der jetzt absolviert werden muss.

zu 5 Vorstellung der Arbeit der Gemeinschaftsunterkunft "Alter Landtag"

Frau Basekow informiert, dass die Deutsche Fernsehlotterie insgesamt 99.000 Euro für die nächsten drei Jahre für das Musikprojekt gegeben hat.

Sie betont, dass die Gemeinschaftsunterkunft „Am Brauhausberg“ heißt. Herr Wilczek ist der Leiter der Einrichtung, Herr Rosenzweig der Stellvertreter.

Die Einrichtung hat am 22.12.2015 ihre Arbeit aufgenommen. Die Bauarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Aktuell sind ca. 90 Plätze belegt, davon leben 28 Kinder in der Einrichtung. Es wird noch auf die Baugenehmigung gewartet, dass die Einrichtung voll belegt werden kann. Derzeit gibt es noch Container mit Toiletten und Duschen. Nach Abschluss der Baumaßnahmen sind die Sanitäreinrichtungen im Haus untergebracht.

Der größte Wunsch des Trägers ist es, die Einrichtung an der Sandscholle aufzugeben, da es sich um eine Leichtbauhalle handelt.

Herr Thomann dankt der AWO, dass sie die Einrichtung kurzfristig in der Situation des großen Flüchtlingsdrucks übernommen hat. Er macht deutlich, dass die Leichtbauhallen als Notunterkünfte betrachtet werden. Die Verwaltung

beabsichtigt, die derzeitigen Bewohner der Sandscholle in die Einrichtung am Brauhausberg umzusiedeln und die Sandscholle zukünftig als Notfallstandort vorzuhalten.

Herr Wilczek zeigt anhand von Bildern, wie das Weihnachtsfest 2015 in der Einrichtung begangen wurde. Er zeigt beispielhaft Bilder von Zimmern und erläutert den Fortgang der Baumaßnahmen. Anschließend weist er darauf hin, dass die Bewohner jetzt selbst kochen und backen können. Es gibt in der Einrichtung einen Deutsch-Kurs, einen Musikkurs, sowie einen Integrationskurs. Es gibt auch bereits Familiennachzüge bei Männern, die bereits mehrere Monate hier sind und ihre Familien nachholen.

Frau Schulze fragt nach den vertraglichen Regelungen hinsichtlich Personal- und Sachmittelkosten.

Frau Basekow erklärt, dass es noch keinen Vertrag für die Einrichtung am Brauhausberg gibt. Die AWO hat seinerzeit die Vereinbarungen mit der Sozialen Stadt übernommen. Die Personalausstattung ist zur derzeitigen Belegung besser. Wenn die volle Belegung erfolgt ist, muss erneut geprüft werden. Sie macht deutlich, dass es keine personelle Überausstattung gibt. Es gibt derzeit Abschlagszahlungen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass mit der Zuschlagserteilung ein Vertrag besteht. Lediglich die Schriftform liegt noch nicht vor. Auf der Basis des Vertrages werden die Abschlagszahlungen getätigt. Sie erinnert an die Situation am Ende des letzten Jahres, wo viele Einrichtungen in Betrieb genommen wurden. Die schriftlichen Vertragswerke werden nach und nach abgearbeitet.

Herr Thomann ergänzt auf Nachfrage, dass im Juni 2016 alle Verträge geschlossen sein sollen.

Frau Hofmeister spricht die defekte Treppe auf dem Brauhausberg an.

Herr Thomann erklärt, dass die Treppe bei der systematischen Munitionssuche zum Badneubau zerstört wurde. Die Treppe gehört nicht zum Gelände der Gemeinschaftsunterkunft.

Frau Hofmeister fragt, ob in jedem Fall bei Erteilung von Deutschunterricht durch Ehrenamtliche in Einrichtungen ein Führungszeugnis erforderlich ist.

Dies wird durch Frau Müller-Preinesberger bestätigt.

Herr Mensch spricht den Deutsch-Unterricht und die Kleiderkammer an.

Frau Basekow erklärt, dass Kleiderkammern in jeder Einrichtung vorhanden sind. In diesem Zusammenhang verweist sie auch auf die „Schatzkammer“ am Schlaatz. Es gibt Ehrenamtliche, die Deutschunterricht im Rahmen von Gesprächskreisen geben. Kleidung wird dem Bedarf entsprechend kostenlos ausgegeben.

Herr Otto fragt, ob es Kenntnisse zur Durchimpfung und zur Gesundheitsversorgung gibt.

Frau Basekow erklärt, dass bei Ankunft auf den Nachweis geachtet wird, ob die

Erstuntersuchung erfolgt ist und geröntgt wurde. Alle Kinder sind geimpft und haben die Erstuntersuchung hinter sich. Die schulpflichtigen Kinder besuchen die Schule. Alle ehrenamtlich Tätigen haben erweiterte Führungszeugnisse.

Frau Eisenblätter dankt Frau Baeskow für die Möglichkeit der Durchführung der Ausschusssitzung in der Einrichtung.

zu 6 Integration von Flüchtlingen

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass das Protokoll zur Integrationskonferenz am 21.04.2016 jetzt vollumfänglich vorliegt. Sie geht auf die einzelnen Workshops ein und macht deutlich, dass es die eindeutige Haltung gibt, dass alle mehr voneinander wissen müssen.

Frau Müller-Preinesberger spricht sich für die Einrichtung eines Informationsmanagement es aus. Es sollen Integrationslotsen eingestellt werden, die mit den jeweiligen Bedarfsgemeinschaften oder Einzelpersonen Integrationspläne erarbeiten, da es sehr unterschiedliche Situationen gibt. Auch das Thema Kinderbetreuung außerhalb von Kita und Schule muss beleuchtet werden, wenn sich die Eltern um ihre Belange zu kümmern haben.

Sie informiert, dass das Protokoll zur Integrationskonferenz zusammen mit einem Schreiben des Oberbürgermeisters an alle Teilnehmer ausgereicht wird. Die Themen sollen weiter bearbeitet und die Integrationskonferenz soll im Oktober 2016 weitergeführt werden.

Sie schlägt vor, das Protokoll als Anlage zur Niederschrift der heutigen GSI-Sitzung ausreichen.

Frau Schulze bittet, das Protokoll zur Integrationskonferenz mit dem Schreiben des OBM den Ausschussmitgliedern bereits in der nächsten Woche zur Verfügung zu stellen.

Frau Tinney spricht die Integrationslotsen an und fragt, wo der Zeitpunkt ist, an dem der Lotse ansetzt und wo die Lotsen angesiedelt sein sollen. Kann diese Aufgabe auch an freien Träger abgegeben werden?

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Integrationslotsen zuerst für die Flüchtlinge, die den Flüchtlingsstatus als Anerkennung haben, tätig werden. Die Stellen werden in der Stadtverwaltung angesiedelt sein. Hier sind vier Stellen vorgesehen, die bereits im Stellenplan genehmigt sind. Diese Stellen müssen noch in der Stellenbewilligungskommission beraten werden. Hierzu musste ein Anforderungsprofil erstellt und eine Bewertung vorgenommen werden. Deshalb werden diese Stellen nicht am 25.05.2016 in der ersten Sitzung der Kommission behandelt, sondern in einer zweiten Sitzung.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 15/SVV/0743

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Der Antrag wird vertagt.

zu 7.2 BuT-Paket - Bürokratiehürden abbauen
Vorlage: 16/SVV/0287
Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag ein. Sie erläutert anhand eines Beispiels der Härtefallregelung für den Zusatzbeitrag für das Essengeld.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die weitaus überwiegende Mehrheit des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages sich dafür ausgesprochen hat, das Bildungs- und Teilhabepaket so beizubehalten. Der zweite Teil des Antrages würde eine Änderung in der Struktur der Verwaltung der LHP voraussetzen. Nach ihrer Erfahrung ist dies jetzt ein eingespieltes Prinzip, auch wenn nicht 100 % der Betroffenen erreicht werden.

Herr Thomann ergänzt, dass das Schulgeld, das durch die Jobcenter ausgezahlt wird, kein Problem darstellt. Die Härtefallregelung für den Zusatzbeitrag für das Essengeld ist im Schulverwaltungsamt angesiedelt.

Herr Schubert äußert seine Zweifel dran, dass dies dann zu einer Verbesserung führt. Es sollte überlegt werden, wie die Information verbessert werden kann, um die Betroffenen zu informieren, wo und wie sie die Mittel beantragen müssen.

Frau Eisenblätter hält den Grundtenor des Antrages für gut und richtig, bezweifelt aber, dass damit mehr Kinder erreicht werden. Es sollte mehr Aufklärung und Werbung erfolgen.

Frau Basekow kann sich vorstellen, dass Lotsensysteme diese Funktion erfüllen können. Die Hemmschwelle für die Beantragung muss weggenommen werden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Lotsen im Prinzip vorhanden sind. Dies sind die Kitas, Schulen und Sportvereine. Es gibt in der Verwaltung nur eine Stelle für das Bildungs- und Teilhabepaket. Einzige Ausnahme ist die Härtefallregelung beim Essengeld. Sie nimmt mit, dass insbesondere zum Beginn des neuen Schuljahres erneut Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit erfolgen muss.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den Antrag.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich im Städte- und Gemeindebund sowie gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür einzusetzen, dass die derzeit bestehenden bürokratischen Hürden bei der Antragstellung für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket abgebaut werden.

Ziel der vorzunehmenden Änderungen soll vor allem die Einrichtung nur einer Anlaufstelle zur Antragsbearbeitung und -bewilligung für die Antragstellenden auf kommunaler Ebene sein, um die Schulen, Kitas und Horte sowie Vereine zu entlasten.

Dies sollte in der Potsdamer Stadtverwaltung schon jetzt geprüft und Überlegungen für die Einrichtung einer solchen Anlaufstelle vorgenommen werden.

Darüber hinaus sind weitere Möglichkeiten zu erschließen, wie die Zugänglichkeit der Antragsberechtigten zu den Anträgen erleichtert und Unterstützung bei dem Ausfüllen der Anträge gegeben werden kann

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 14. September 2016 über den Ausgang der Gespräche und das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 0

zu 7.3 Integrationsgarten am Schlaatz

Vorlage: 16/SVV/0288

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag ein und bittet bis zur nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses um eine Untersetzung der Aussage bezüglich der Finanzierung von Projekten des Integrationsgartens Sie bittet um Information, aus welchem Topf die Gelder kommen und wofür die Mittel verwendet werden. Dabei sollte auch die Finanzierung in den vergangenen Jahren sowie die aktuelle Situation aufgelistet werden. Frau Schulze bittet um die schriftliche Ausreichung der Zusammenstellung.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass eine institutionelle Förderung nicht befürwortet werden kann, da auch in anderen Bereichen Träger über die Förderung erreicht werden.

Der Integrationsgarten bekommt bis 31.12.2018 zwei Stellen aus dem Bundesprogramm Soziale Teilhabe gefördert. Die Projektförderung für 2016 ist gesichert. Für 2017 hat bisher noch kein Träger eine Förderzusage. Sollte dieser Träger vorab eine Zusage erhalten, wäre dies eine Besserstellung gegenüber allen anderen Trägern.

Herr Thomann teilt mit, dass 20.000 Euro als Abschlagszahlung an die Allianz am Schlaatz ausgereicht wurden, davon 8.500 für Integrationsgarten.

Herr Wellmann lehnt den vorliegenden Antrag vor dem Grundsatz der Gleichbehandlung ab, auch vor dem Hintergrund, dies vor dem Haushalt 2017 zu beschließen.

Herr Schubert regt an, den Antrag umzuformulieren, dass die langfristige Sicherung realisiert werden soll.

Herr Thomann betont, dass der Integrationsgarten erhalten werden soll.

Frau Schulze bittet um Zurückstellung des Antrages.

Frau Eisenblätter stellt die Zurückstellung der vorliegenden Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

zu 7.4 **Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" , Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV**

Vorlage: 16/SVV/0269

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Rabbe (Sanierungsträger) stellt das Sanierungsgebiet anhand einer Präsentation vor und geht dabei eingangs kurz auf die Umsetzung des Leitbautenkonzeptes ein. Sie macht deutlich, dass das Sanierungsgebiet viele Potenziale für Neubau hat. Es soll ein Wohnungspotenzial geschaffen werden, dass der Potsdamer Bevölkerung entspricht. Vorgesehen ist eine Nutzungsdurchmischung mit einem Wohnanteil von mindestens 60 %.

Frau Rabbe stellt die die angedachte Verkehrsstruktur sowie die Herleitung der Parzellierung vor. Grundsätzlich orientiert sich der Stadtgrundriss und die Parzellierung an den historischen Parzellenzuschnitten.

Frau Rabbe erläutert das relativ aufwändige Ausschreibungsprocedere, das mehrstufig durchgeführt wird. Dabei macht sie deutlich, dass das Gebäude der Fachhochschule aufgegeben wird.

Auf Nachfrage erklärt Frau Rabbe, dass ca. 30 % der Gesamtanzahl an Wohnungen sozialer Wohnraum sein soll.

Frau Einbeck fragt nach dem Anteil an barrierefreien Wohnungen.

Daraufhin macht Frau Rabbe deutlich, dass dies eine grundsätzliche Vorgabe bei Neubau ist.

Frau Schulze geht davon aus, dass darauf geachtet wird, dass Belegungsbindung und die anderen Dinge durch die Kommission begleitet und kontrolliert werden.

Sie fragt, welche sozialen Einrichtungen in diesen beiden Blöcken vorhanden sein könnten.

Frau Rabbe erklärt, dass Wohnen und Gewerbe in den beiden Blöcken vorhanden sein soll. Es ist nicht vorgeschrieben, dass bestimmte Einrichtungen entstehen sollen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Rabbe, dass jeder Bauherr auch freiwillig Belegungsbindungen zusätzlich umsetzen kann.

Bezüglich einer Nachfrage zu Sonderwohnformen erklärt sie, dass dies studentisches Wohnen oder auch betreutes Wohnen sein kann.

Auf den Hinweis hinsichtlich der Bestrebungen, dass Gebäude der Fachhochschule nicht abzureißen, erklärt Frau Rabbe, dass dies durch die Politik entschieden werden müsse.

Frau Anlauff fragt, wie gewährleistet wird, dass nach Ablauf von 20 Jahren die Mietpreisbindung und die soziale Durchmischung beibehalten bleibt. Wie kann gewährleistet werden, dass auch Familien mit Kindern dort hinziehen?

Frau Rabbe informiert, dass es Anteile an Wohnungen mit geringer Größe und auch mit größerer Größe geben wird. Es wird ein gemischtes Quartier geben. Die Wohnraumstruktur wird bereits in der Voraussetzung so geschaffen.

Herr Schubert macht darauf aufmerksam, dass es hier um eine Fläche geht, in der bisher wenig Wohnraum vorhanden ist. Hier wird neuer Wohnraum geschaffen. Er weist auch darauf hin, dass dies auch für andere Bereiche nicht gewährleistet werden kann. Die Belegungsbindung zu erhalten ist u.a. auch Aufgaben der Politik.

Herr Wellmann hält das vorliegende Konzept für sehr sinnvoll. Für die Umsetzung des Konzeptes werden privatwirtschaftliche Akteure gebraucht. Er warnt davor, das Ganze zu sehr zu überfrachten, da dies dann nicht mehr funktionieren wird.

Frau Schulze bringt folgenden Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein:
„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Vorfeld der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eine Einwohnerversammlung zur öffentlichen Vorstellung und Diskussion der Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes durchzuführen.“

Herr Schubert hält den Umgang mit dem Ergänzungsantrag für schwierig, macht aber deutlich, dass das Anliegen an sich sehr sinnvoll ist.

Frau Schulze weist darauf hin, dass sich der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft ebenfalls damit befasst hat und appellatorisch empfohlen hat, eine Veranstaltung für interessierte Bürger durchzuführen. Das Konzept soll durch die Verwaltung in geeigneter Form vorgestellt werden. Sie schlägt vor, sich dem anzuschließen.

Frau Rabbe weist darauf hin, dass auf dem Steubenplatz die rote Infobox aufgestellt ist, die genutzt werden kann, um Informationen rund um den alten Markt zu bekommen.

Frau Eisenblätter stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. In Konkretisierung des "Integrierten Leitbautenkonzeptes" (DS 10/SVV/0412) soll die weitere städtebauliche Entwicklung der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte entsprechend der in **Anlage 1** dargestellten Blockkonzepte sowie unter Zugrundelegung der Ziele und Leitlinien gemäß **Anlage 2** erfolgen.
2. Die für die Ausschreibung/Vergabe der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke der Blöcke III und IV in der Potsdamer Mitte sind die Allgemeinen Verfahrensgrundsätze gemäß **Anlage 3** anzuwenden.
3. Bestandteil der Ausschreibung der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke in den Blöcken III und IV sind die konkretisierten Vorgaben zu Gestaltung und Nutzung in den Grundstückspässen gemäß **Anlage 4**.
4. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Umsetzung des konkretisierten Leitbautenkonzeptes sind nach § 2 Abs. 1 BauGB für das Quartier III der Bebauungsplan SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Steubenplatz“ gemäß **Anlage 5** und für das Quartier IV der Bebauungsplan SAN-P 19 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ gemäß **Anlage 6** aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 0

zu 7.5 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0275

Oberbürgermeister, FB Zentrale Steuerung und Service

Herr Jetschmanegg bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Er verweist dabei auf die Bürgerumfrage, die 2014 durchgeführt wurde. Des Weiteren gab es 2014 auch eine Expertenumfrage. 2015 wurden Foren durchgeführt. Begleitet wurde der Prozess durch die Fraktionen, die Geschäftsführer der großen städtischen Unternehmen und die Beigeordneten.

Das Leitbild umfasst sechs große Themen. Neben dem Leitbild muss auch gesehen werden, wie dies konkret umgesetzt werden kann. Deshalb wird ein weiterer Prozess (Strategische Steuerung) in Gang gesetzt.

Anschließend geht er auf den Antrag der Fraktion CDU/ANW ein und macht deutlich, dass dies dem Abstraktionsniveau des Leitbildes nicht entspreche.

Frau Schulze macht darauf aufmerksam, dass sich die Lenkungsgruppe nochmals mit den Anregungen der Fraktionen befassen wird. Sie fragt, ob sich der Ausschuss nun intensiv mit den Anregungen befassen muss, oder ein Vorschlag zur Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird.

Herr Jetschmanegg erklärt, dass es eine Verständigung gibt, dass es in den Ausschüssen keine detaillierte Diskussion zu den Änderungen geben soll. Das Lenkungsgremium wird sich mit den Anregungen befassen und einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Herr Schubert schlägt vor, die Drucksache lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass dies alles bereits im Lenkungsgremium behandelt wurde. Sie bittet, dass das, was nun erneut im Lenkungsgremium erarbeitet wird, nicht nochmal in die Ausschüssen zur Beratung gegeben wird.

Frau Eifler macht deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es für sehr wichtig hält, dass die drei Punkte aus ihrem Antrag noch in das Leitbild eingearbeitet werden.

Herr Jetschmanegg bietet an, eine Formulierung zu finden und diese dann vorzustellen.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0296

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Drucksache wird vertagt.

zu 8.2 Vorstellung der Ergebnisse der Workshops zum 2. Aktionsplan zum Rahmenkonzept Sucht(-prävention)

Herr Kosubeck (FB Soziales und Gesundheit) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation das Beteiligungsverfahren und die Workshop-Ergebnisse für den zweiten Aktionsplan Sucht(-prävention) vor. Er geht dabei auf die Haupt- und Teilziele des ersten Aktionsplanes ein und erläutert dann das Vorgehen bei der Erarbeitung des zweiten Aktionsplanes. Herr Kosubeck verweist dabei auf die bisher nicht erreichten Akteure und macht deutlich, dass es eine Aufgabe sein wird, diese in den kommenden Wochen und Monaten zu erreichen.

Anschließend gibt Herr Kosubeck Erläuterungen zu den erarbeiteten Inhalten. Er erklärt, dass fünf Themenfelder festgelegt wurden und erläutert die entsprechenden Teilziele dazu.

Dabei verweist er auch auf die Maßnahmen, die aus dem ersten Aktionsplan übernommen wurden sowie die neu aufgenommenen Maßnahmen.

Die Maßnahmen sollen nun gemeinsam betrachtet werden. Dann muss entschieden werden, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kosubeck, dass eine Ausschreibung bezüglich der Suchtberatung erfolgen wird.

Frau Schulze macht deutlich, dass sie sich gewünscht hätte, dass die Politik über die Ausschreibung informiert wird.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass es ein Ausschreibungsverfahren geben wird, weil die Vergabe der Leistung seinerzeit auf einer Basis von 130.000 Einwohnern beruht. Jetzt gibt es eine andere Situation, bei der sich das Leistungsspektrum wesentlich verändert, weshalb eine Ausschreibung der Leistung erforderlich ist. Dies ist Verwaltungshandeln.

Frau Eifler fragt, ob bereits Ideen entwickelt wurden, wie die bisher nicht erreichten Akteure noch erreicht werden können.

Herr Kosubeck erklärt, dass hier Kontakte aufgebaut werden müssen. Teilweise ist dies bereits angeschoben.

zu 9 Sonstiges

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass 28.05.2016 ab 14:00 Uhr im Treffpunkt Freizeit das 7. Fest der Pflege stattfindet.

Frau Grasnack macht auf die Ausschreibung des Integrationskonzeptes der LHP 2016 aufmerksam. Die Bewerbungsfrist endet am 14. August 2016. Weitere Informationen sind unter <https://www.potsdam.de/320-landeshauptstadt-schreibt-integrationspreis-zum-zwoelften-mal-aus> zu finden.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass am 04.06.2016 von 11:00 bis 15:00 Uhr der Aktionstag im Rahmen der Initiative „Zu gut für die Tonne“ auf dem Potsdamer Luisenplatz stattfindet.

Nächster GSI-Ausschuss: 14. Juni 2016, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin